

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radesornwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilt. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 26

Anzeigenpreis: für 1mm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig, Reklame 40 Goldpfennig, — Offertgebühren 10 Goldpfennig und Porto. —

Halver

Montag, den 31. Januar

Erscheint wöchentlich 6 mal

Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Des Landmanns Sonntagsblatt“ und „Herb und Scholle“

1927

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Reichspräsident von Hindenburg hat das neue Reichskabinett ernannt. Das Justiz- und Innenministerium ist vorläufig noch unbesetzt.

* Das Haager Schiedsgericht fällt in der Streitfrage zwischen Deutschland und der Reparationskommission eine Entscheidung zugunsten Deutschlands, infolgedessen werden neun Milliarden nicht auf Reparationskonto angerechnet.

* England hat an China eine Note gerichtet, in der es sich zu Verhandlungen darüber bereit erklärt, die bisher bestehenden Konzessionen in Niederlassungen umzuwandeln.

* Ein ungewöhnlich heftiger Sturm suchte Norwegen und England heim; es wird der Verlust mehrerer Menschenleben und großer Sachschaden gemeldet.

Das Reichsschiff wieder flott.

Die Lösung der Ministerkrise hat diesmal eine größere Bedeutung dadurch gewonnen, daß die Deutschenationalen wieder in die Regierung eingetreten sind. Man muß daran denken, daß spätestens Ende nächsten Jahres der Reichstag vor Neuwahlen steht und daß, wie die Dinge nun einmal liegen, für den Ausgang der Wahlen entscheidend ist, welche Politik in den letzten Monaten vor diesen Wahlen getrieben worden ist. Angesichts der ganz allgemein gewordenen Parteimüdigkeit will man auf Seiten der Deutschenationalen dann bei den Wahlkämpfen darauf hinweisen, was die Partei in jenen letzten Zeiten geleistet hat. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Stimmung in dieser Partei unbedingt dahin ging, in die Regierung hineinzukommen, eine Stimmung, der der Parteivorstand, Graf Westarp, schon auf dem Parteitag in Köln stärksten Ausdruck gab. Das zweite wesentliche in der Entwicklung ist, daß in Deutschland zum zweiten Male — auch das Kabinett Luther wies vor zwei Jahren dieses Aussehen auf — eine politisch-parlamentarische Trennungslinie gezogen worden ist, die den Reichstag in eine Rechte und eine Linke in die Erscheinung treten läßt. Zweifellos wird das Bestehen der Trennungslinie sehr viel zu einer Verschärfung der politischen Auseinandersetzungen beitragen, wenn nicht die Mehrheit, die das Steuer des Staates führt, nun durch Taten ihre Befähigung erweist, das Reich in allen seinen Teilen vorwärtszubringen.

Auf der anderen Seite muß festgestellt werden, daß der Gegensatz, der zwischen dem Zentrum und den Deutschenationalen bestand, nun unter dem Druck der gemeinsamen Arbeit sich erheblich mildern wird. Eine Schwierigkeit liegt allerdings noch darin, daß die Deutsche Volkspartei von dem Endergebnis der gesamten Regierungskrise nicht gerade befriedigt ist. Es sind die kulturpolitischen Dinge, die innerhalb der neuen Regierungskoalition zu Meinungsverschiedenheiten führen können. Das braucht aber nicht übertrieben zu werden. Wenn man z. B. daran denkt, daß der bisherige Innenminister Dr. Müller, ein Demokrat, einen Reichsschulgesetzentwurf herausarbeiten ließ, auf dessen Boden sich sogar das Zentrum und die Sozialdemokratie stellen konnten, so wird mit der Möglichkeit zu rechnen sein, daß jene Verschiedenheiten doch nicht als Sprengpulver wirken werden. In der Außenpolitik hat sich die Deutsche Volkspartei auf den Standpunkt gestellt, daß die Beschlüsse von Locarno und Genf nun einmal da sind und daß es daher ein ebenso erfolgloses wie überflüssiges Bemühen wäre, dagegen zu opponieren. Schon dadurch, daß sie für unsere Außenpolitik maßgebenden Staatsmänner, also Dr. Marx und Dr. Stresemann, wieder Mitglieder des Kabinetts sind, wird auch das Ausland zu der Überzeugung kommen müssen, daß trotz der innenpolitischen Schwankung die außenpolitische Linie Deutschlands im wesentlichen dieselbe bleiben wird; allerdings will die Deutsche Volkspartei dem Vorgehen nach nicht davon absehen, bei der Vertretung der deutschen Interessen energisch vorzugehen. Die Entwicklung der Dinge in Frankreich, wo Poincaré und die Rechtsparteien einen immer stärkeren Einfluß ausüben, könne eine Rückwirkung auf die deutsche Außenpolitik nicht verfehlen.

Die klare Scheidung zwischen rechts und links wird auch innenpolitisch von großer Bedeutung sein, obwohl es nicht den Anschein hat, daß man in Preußen aus der jüngsten politischen Entwicklung entsprechende politische Folgerungen ziehen wird. Immerhin muß doch darauf verwiesen werden, daß das neue Kabinett Marx einen etwas anderen Charakter hat als das frühere Kabinett Luther, an dem die Deutschenationalen auch beteiligt waren. Während damals eines der wirklich maßgebenden Ministerien, nämlich das Finanzministerium, durch einen Deutschenationalen geleitet wurde, liegen die Dinge jetzt so, daß die Ministerien von einiger Wichtigkeit, also das Auswärtige, das Finanz- und das Arbeitsministerium, durch Männer der Volkspartei bzw. des Zentrums besetzt sind, während den Deutschenationalen Vertretern im Kabinett nur die Möglichkeit bleibt, durch ihre Stimme bei der Festlegung der allgemeinen politischen Richtlinien zu wirken. Hier liegt der Grund für den heftigen Kampf, der um die Besetzung des Finanzministeriums geführt worden ist.

Das deutsche Volk in seiner Mehrheit wird sich kaum durch ein Werturteil von vornherein festlegen, das sich nicht auf die Arbeit des Kabinetts bezieht, sondern von irgendwelchen parteipolitischen Einstellungen ausgeht. Man wird abwarten müssen, was die neue Regierung leistet, ehe man zu solchen Werturteilen kommt. Es wird nicht an Gelegenheit fehlen, die Absichten klarzulegen, von denen der neue Kurs erfüllt ist. Reichsschulgesetz und Arbeitslosenversicherung, Arbeitszeitgesetz und Reichswehrreform sind nur ein paar von diesen Fragen, die von dem neuen Kabinett gelöst werden sollen.

Die neue Reichsregierung vom Reichspräsidenten bestätigt

Das Reichskabinett ernannt.

Justiz und Inneres fehlen noch.

Die Regierungskrise scheint nunmehr, wenn auch noch nicht ganz, behoben zu sein. Nach einer amtlichen Mitteilung hat Reichspräsident von Hindenburg den bisherigen Reichskanzler Dr. Marx in seinem Amte als Reichskanzler bestätigt, auf dessen Vorschlag den Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann, den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, den Reichswehrminister Dr. Gessler sowie den Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius in ihren bisherigen Ämtern bestätigt und den Badischen Staatspräsidenten und Finanzminister Dr. h. c. Röhrer zum Reichsfinanzminister, den Reichsminister a. D. Schiele, Mitglied des Reichstags, zum Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, den Verbandssekretär Dr. h. c. Koch, Mitglied des Reichstags, zum Reichsverkehrsminister und den Staatssekretär Dr. Schähl zum Reichspostminister ernannt. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers für die besetzten Gebiete hat der Reichspräsident den Reichskanzler Dr. Marx beauftragt. Die Ernennung der Reichsminister der Justiz und des Inneren hat der Reichspräsident mit Rücksicht auf die noch nicht abgeschlossenen letzten Verhandlungen bis Montagabend ausgesetzt.

Die vorläufige Aussetzung der Ministerernennung für die beiden letztgenannten Ministerien hängt mit Schwierigkeiten zusammen, die sich am Sonnabend wegen personeller Fragen ergeben haben. Innerhalb der Zentrumsfraktion und der Deutschen Volkspartei wurden Stimmen laut gegen die Besetzung des Justizministeriums mit dem deutschnationalen Abgeordneten Graef-Thüring, der als einer der Führer des völkischen Flügels der Deutschenationalen Volkspartei bekannt ist. Man erinnerte daran, daß Abg. Graef es in seiner Eigenschaft als Vizepräsident des Reichstages seinerzeit abgelehnt habe, dem damaligen Reichspräsidenten Ebert einen Amtsrücktritt zu machen. Reichskanzler Marx teilte sofort den Deutschenationalen wie auch dem Reichspräsidenten diese Bedenken mit. Sofort ausgenommene Verhandlungen, die dahin zielten, das Justizministerium dem deutschnationalen Abg. Dr. Hergt zu übertragen und für das Innenministerium einen neuen Kandidaten aus den Reihen der Deutschenationalen zu ernennen — genannt wurde der dem linken Flügel der Partei angehörende Abg. v. Lindeiner-Wildau —, haben bisher noch zu keinem Ergebnis geführt. Die deutschnationale Reichstagsfraktion ist zu Montag nachmittag einberufen worden, um zu den neuen Wünschen und Vorschlägen Stellung zu nehmen.

Die Meinungsverschiedenheiten mit der Deutschen Volkspartei wegen Besetzung des Verkehrsministeriums sind inzwischen beigelegt worden, nachdem Reichspräsident von Hindenburg an den Führer der volksparteilichen Fraktion, den Abg. Dr. Scholz, einen Brief gerichtet hatte, um ihn zur Abgabe dieses Ministeriums an die Deutschenationalen zu bewegen. Die Volkspartei beabsichtigt, in einer öffentlichen Erklärung zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

Der Austritt des Reichswehrministers Dr. Gessler aus der Deutsch-demokratischen Partei ist nunmehr vollzogen. Er erfolgte in Form eines Briefwechsels zwischen dem Minister und dem Parteiführer Abg. Koch, in dem Dr. Gessler darauf hinwies, daß bei der Wahl zwischen Parteidisziplin und dem Ruf des Reichskanzlers zum Eintritt in das neue Kabinett er sich für das letzte entschieden habe. Dr. Gessler betonte weiter, daß die Gründe

für den Austritt rein sachlicher Natur seien und nicht in grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten mit der Parteileitung bestünden. Im übrigen verlautet, daß Dr. Gessler nicht mehr lange auf seinem Posten bleiben soll, da die Volkspartei Anspruch auf diesen Ministerposten erhebt, nachdem sie das Verkehrsministerium an die Deutschenationalen abgegeben hat.

Ministerkandidaten.



Schähl (Bayer. Vp.)



Hergt (Dtn. Vp.)

Die neuen Männer.

Der badische Finanzminister Heinrich Röhrer (Zentrum) wurde am 29. September 1878 in Karlsruhe als Sohn eines Verschreibers geboren. Nach Absolvierung der Oberrealschule trat er in den mittleren Finanzdienst ein, ging jedoch nach Ableistung seiner Militärdienstpflicht in die Zoll- und Steuerdirektion über. 1915 wurde Röhrer zur deutschen Finanzverwaltung in Belgien berufen. Schon seit 1911 war er Stadtverordneter in Karlsruhe und 1913 wurde er als Zentrumsabgeordneter in den Badischen Landtag gewählt. Nach dem Umsturz war er zunächst Leiter der Presseabteilung der provisorischen badischen Regierung; 1919 wurde er in den Staatsrat und im April 1920 als Nachfolger des zum Reichsfinanzminister ernannten Dr. Wirth zum badischen Finanzminister gewählt. Wegen seiner Verdienste um die badischen Universitäten wurde Röhrer zum Ehrendoktor der Universität Freiburg ernannt.

Der neue Reichsernährungsminister, Reichstagsabgeordneter Martin Schiele (Deutschnational), Rittersguts-pächter und Fabrikant, ist am 17. Januar 1870 in Groß-Schwarzlosen, Kreis Stendal, geboren. Er war bekanntlich bereits einmal Reichsminister, und zwar trat er im Januar 1925 als Innenminister in das Kabinett Luther ein, schied aber nach Locarno mit den übrigen deutschnationalen Ministern aus der Regierung aus.

Reichsverkehrsminister Wilhelm Koch-Düsseldorf (Deutschnational) wurde im März 1877 in Dönges bei Eifenach geboren. Er besuchte die Volksschule und erlernte das Schreinerhandwerk. Von 1908 bis 1913 war er evangelischer Arbeitersekretär in Hagen i. W., um dann bis 1921 den Reichsverband deutscher Staatsarbeiter und -bediensteter zu leiten. Seit 1921 ist er in der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner tätig und außerdem zweiter Vorsitzender des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine Deutschlands. In Elberfeld war er von 1919 bis 1924 Stadtverordneter. Dem Reichstag gehört er seit 1920 an, nachdem er von 1919 bis 1920 Mitglied der Nationalversammlung war.

Der neue Reichspostminister Dr. Georg Schähl, bisher Leiter der Gruppe Bayern der Reichspost und Staatssekretär, gebürtiger Bayer, 1874 in Höchstädt a. d. Aisch geboren, Vamberger Gymnasial-, Münchener Universitätsstudium, Jurist und Nationalökonom, rechnet politisch ebenso wie Stöcker zur Bayerischen Volkspartei. Bei Kriegsausbruch Oberpostrat in der Postabteilung des damaligen bayerischen Verkehrsministeriums, wurde er im Kriege Ministerialrat und trat am 1. Januar 1923 die Nachfolge Stöckers als Leiter der Gruppe Bayern der Reichspost an.

Politische Rundschau

Deutsches Reich.

Waffenbeschlagnahme bei einer Rechtsorganisation.

Der Berliner Polizeipräsident teilt mit: Am 28. d. M. haben Beamte der Abteilung I bei dem Kaufmann Karl Ehler in Berlin ein leichtes Maschinengewehr mit zwei Reserveläufen beschlagnahmt. Ehler war bis zum 19. d. M., an welchem Tage er formell aus der Organisation ausgeschieden ist, Sportredakteur und erster stellvertretender Verbandsführer des „Berwof“, Bund deutscher Männer und Frontkrieger E. V. Auf Grund dieses Waffenfundes hat die politische Polizei dann weitere Untersuchungen bei zehn führenden Persönlichkeiten des Berwofes vorgenommen und dabei noch vier Handfeuerwaffen, einen Stahlhelm, einen Militärpaten sowie umfangreiches briefliches Material beschlagnahmt. Die von der Durchsuchung betroffenen Personen wurden bis auf weiteres nach ihrer Vernehmung wieder entlassen. Ehler wird wegen Vergehens gegen das Republikschutzgesetz (Besitz eines Waffenlagers) dem Richter zugeführt; desgleichen der Gauführer im Berwof, Leutnant a. D. von Rohden, der wegen Betruges von der Staatsanwaltschaft III feldbriefflich gesucht wird und sich unangemeldet in Charlottenburg aufhält.

Ein neuer Volksentscheid?

Nach Hamburger Meldungen wird von der Aufwertungspartei im Verein mit den Mieterorganisationen ein neuer Volksentscheid vorbereitet. Der dem vorausgehenden Volksbegehren zugrunde liegende Gesetzentwurf soll folgende Forderungen enthalten: 1. Als Hauptforderung Vermeidung einer Mietsteigerung über 100 % der Friedensmiete auf die Dauer von 15 Jahren hinaus, 2. die Eintragung von Reichssicherungshypotheken auf die

Grundstücke, 3. Stielgerung des bisherigen Hypotheken-Aufwertungssatzes von 25 % um 20—24 %.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Reichspräsident gab zu Ehren des Diplomatischen Korps ein Essen, an dem u. a. die Chefs der hiesigen fremden Missionen, der Reichskanzler und der Reichsaussenminister mit ihren Damen teilnahmen.

Berlin. Der kommunistische Parteitag, der Ende Januar in Essen stattfinden sollte, ist vertagt worden. Er wird erst in den Tagen vom 2. bis 7. März in Essen zusammentreten.

Oppeln. Der langjährige preussische Landtagsabgeordnete Landgerichtsdirektor Göbel ist plötzlich gestorben. Der Verstorbene gehörte der Zentrumspartei an.

Paris. „Petit Journal“ glaubt mitteilen zu können, daß entgegen den verbreiteten Nachrichten die polnische Regierung bei der französischen keinen Schritt in Sachen der noch schwebenden Verhandlungen über die deutschen Pfestungen unternehmen habe.

Belgrad. Ministerpräsident Uzunowitsch hat dem König die Demission des Kabinetts überreicht, nachdem die Regierungspartei bei einer Abstimmung über Kandidaten für den Kriegsschädenausgleich in der Skupstina mit 80 gegen 113 Stimmen in der Minderheit geblieben war.

Die Entwaffnung Deutschlands.

Eine Erklärung Briands.

Das Pariser „Journal officiel“ veröffentlicht die Antwort Briands auf Anfragen des Abgeordneten Desjardins über die Entwaffnung Deutschlands. Sie lautet:

1. Da die deutschen Verfehlungen nicht zwischen Frankreich und Deutschland allein, sondern zwischen Deutschland und den alliierten Mächten verhandelt werden, kann die französische Regierung keine Antwort auf die gestellten Fragen betreffs noch zu regelnder Punkte der

blidlich um so weniger geschehen, als die mit Deutschland geführten Verhandlungen ohne Zweifel vor der festgesetzten Zeit zu einer Einigung führen werden.

2. Zwischen den Erklärungen Chamberlains im Unterhaus und seiner jüngst erteilten Antwort besteht kein Unterschied. Der britische Staatssekretär für Äußeres hat nicht Bezug genommen auf die Genfer Besprechungen, sondern nur ganz allgemein auf das Problem der Rheinlandräumung angespielt unter Hinweis darauf, daß ein Meinungsaustausch hierüber bereits mit den verschiedenen Mächten stattgefunden habe, ohne den Zeitpunkt zu präzisieren.

Nach Zeitungsberichten hat Chamberlain hinzugefügt:

1. Wenn das Rheinland vor der im Versailler Vertrag festgesetzten Frist geräumt werden soll, so könne das nur das Ergebnis einer Vereinbarung zwischen den Befehlsmächten und Deutschland sein, zu der die deutsche Regierung werde beitragen müssen.

2. Um eine Lösung zu finden, werde Zeit notwendig sein und müßten die interessierten Regierungen in aktiver Weise zusammenwirken. Im übrigen wiederholt Briand in seiner Antwort nochmals, daß in Genf über die Räumungsfrage im Verlaufe der letzten Sitzung des Völkerrates nicht gesprochen worden sei.

Im übrigen könne auf dem Wege einer schriftlichen Antwort nicht über Beratungen eines internationalen Organismus Auskunft erteilt werden. Auch könne er über die etwaigen Beratungen des Obersten Kriegsrates zur Räumungsfrage keine Auskunft erteilen.

Haager Schiedsgerichtsurteil gegen Deutschland.

Milliarden, die uns nicht angerechnet werden.

Die Internationale Schiedskommission für Streitigkeiten über die Auslegung des Dawes-Abkommens hat in dem Auffassungsstreit zwischen der deutschen Regierung und der Reparationskommission gegen Deutschland entschieden. Damit fallen der deutschen Regierung die Lasten der Liquidationsschäden für das im feindlichen Ausland beschlagnahmte und sequestrierte deutsche Eigentum zu, die nach Auffassung der deutschen Regierung zu den aus dem Reparationsfond zu bestreitenden Ausgaben gehören sollten. Es handelte sich bekanntlich um eine Summe von rund neun Milliarden Mark.

Die Haager Schiedskommission zur Auslegung des Dawes-Abkommens betonte in ihrem Urteil, daß sie sich lediglich mit der Frage zu befassen hatte, ob die Entschädigungen an die deutschen Reichsangehörigen in den Jahreszahlungen des Dawes-Abkommens einbegriffen sind, daß sie sich aber mit der davon völlig verschiedenen Frage, ob die Gutschriften zu dem Wert dieser Liquidationen von den Jahreszahlungen abziehen sind, nicht zu beschäftigen hatte. Das Schiedsgericht ging ferner bei seinem Urteil von dem Standpunkt aus, daß es als interpretative Kommission den Sachverständigenplan so ansehen mußte, wie er vorliegt, ohne dabei zu erwägen, ob mit Recht behauptet werden kann, daß der Schiedsspruch unerwünschte Folgen haben kann.

Namentlich für die Auslandsdeutschen wird dieses Urteil eine große Enttäuschung bedeuten, denn es wird nun nicht möglich sein, die vollkommen ungenügende Entschädigung der zahlreichen Deutschen, die all ihr Hab und Gut durch die Vorschriften des Vertrages von Versailles verloren haben, aufzuwerten.

Die preußische Schutzpolizei.

Erklärungen des Innenministers Erziesinski.

Im Hauptausschuß des Preussischen Landtages berichtete der preussische Innenminister Erziesinski, daß nach Abschluß der Verhandlungen mit der Entente die Stärke der staatlichen Polizei endgültig festgesetzt sei, und zwar auf 67.000. Dies bedeute gegenüber einer augenblicklichen Stärke von 67.500 eine Verminderung vor allem auch der Schutzpolizei, die nicht den tatsächlichen Bedürfnissen entspreche. Auch die Vermehrung der staatlichen Polizeiverwaltungen sei ziemlich durchgeführt. Insgesamt seien 51 staatliche Polizeiverwaltungen vorgesehen.

Hinsichtlich der Besoldungsfrage seien im neuen Etat einige Verbesserungen gegenüber dem Vorjahre vorgenommen worden. Erfreulicherweise könne festgestellt werden, daß der Geist der Polizei durchaus gut ist. Die Polizei habe sich den neuen Aufgaben durchaus angepaßt, sie sei heute ein absolut zuverlässiges Exekutivorgan der Republik. Von den Polizeibeamten müsse eine eindeutige Staatsbeziehung verlangt werden.

Heimchen.

Roman von Erich Ebenstein.

Copyright by Greiner & Comp., Berlin W 30.

(Nachdruck verboten.)

8. Fortsetzung.

Er schien ganz beruhigt, und Serena fühlte sich erleichtert und zufrieden. Gottlob, es war gelungen und für sie war diese schreckliche Ängstkomödie vorüber...

Eine Frau von Erfahrung, die weniger arglos war, hätte allerdings auf Satorys Versprechen nicht so unbedacht gebaut, und sein Schweigen, das auf Hinterhältigkeit deutete, hätte sie stutzig gemacht.

Aber das lag Serena, der ein Versprechen als etwas Heiliges, Unantastbares galt, völlig fern.

Sie war überzeugt, Fredegild mit gutem Gewissen sagen zu können: „Du brauchst nicht mehr zu zittern um dein Glück, er reißt ab! Wie du dich mit deinem Gewissen abfindest, ist allerdings eine andere Frage...“

Immerhin fühlte sie sich erleichtert und befriedigt und etwas davon prägte sich in ihrem Gesicht aus.

Serena hatte Königsreiter beim Verlassen des Ladens nicht bemerkt, denn sie wandte sich gleich links und war nur darauf bedacht, rasch nach Hause zu kommen.

Pfötzlich stand er, wie aus der Erde gewachsen, vor ihr und maß sie mit funkelndem Blick von oben bis unten.

„Warten Sie einen Augenblick, Fräulein von Barton,“ stieß er heiser vor Erregung heraus. „Sie haben auf Ihrem Gang zum galanten Stellbischen etwas verloren, das ich Ihnen zurückstellen will...“, obwohl es vielleicht im Straßenfot, wo ich es fand, besser am Platz wäre als in der Tasche einer jungen Dame aus gutem Haus!“

Mit spitzen Fingern, als fürchte er, sich zu besudeln, überreichte er ihr Satorys Brief.

Serena war kreideweiß geworden, bis in die Lippen hinein. Sie fragte sich nicht: Wie kommt er zu dem Brief? Sie begriff nur: Er glaubt, dieser Brief sei an mich gerichtet...!

Was mußte er denken von ihr! Großer Gott, was mußte er nur denken? Für wie schlecht mußte er sie halten!

Innenminister Erziesinski erklärte weiter, daß der von ihm herausgegebene Schießerlaß dem Mißbrauch des Schießsports zu politischen Zwecken vorbeugen solle, auf der anderen Seite aber die Vereine, die sich schon seit einer langen Reihe von Jahren rein sportlich mit dem Schießen befassen, nicht unmöglich machen solle. Das rein sportliche Schießen ohne politische Nebenzwecke sei durchaus unbedenklich. Die Regierungspräsidenten sollen den Schießsport in ihren Bezirken weiter beobachten und auf Grund ihrer Erfahrungen berichten, ob eine Änderung oder Verschärfung der im Erlaß gegebenen Richtlinien notwendig sei.

Englische Note an China.

Angriff auf den amerikanischen Konsul in Hankau.

Der britische Gesandte Lamson überreichte dem chinesischen Premierminister und Minister des Äußern Wellington Koo „weitreichende Vorschläge ähnlichen Charakters wie die von dem britischen Vertreter in Hankau dem kantonesischen Außenminister überreichten“. Es wird in Peking angenommen, daß diese Vorschläge die Umwandlung der britischen Konzessionen in Hankau und Tientsin in internationale Niederlassungen vorsehen, in denen die Chinesen einen erheblichen mitbestimmenden Anteil in der Gemeindeverwaltung und in der allgemeinen Kontrolle haben würden. Die britischen Vorschläge werden binnen kurzem veröffentlicht werden.

„Chicago Tribune“ berichtet aus Schanghai, daß der Konsul der Vereinigten Staaten in Hankau auf der Straße von Chinesen angegriffen worden sei. Man nehme an, daß die Chinesen ihn für einen Engländer gehalten hätten. Die Menge habe den Konsul mit allen möglichen Gegenständen beworfen, wobei er verletzt worden sei. Die amerikanischen Behörden werden bei der chinesischen Regierung scharfen Protest erheben.

Eine Chinarede Chamberlains.

Außenminister Chamberlain hielt in Birmingham seine lang angekündigte Rede über China. Chamberlain betonte, daß die Regierung nur eine Politik habe. Die englische Regierung wünsche nur ein starkes und blühendes China. Sie sei bereit, China auf halbem Wege entgegenzukommen, aber sie verlange, daß die Rechte der englischen Bürger in China respektiert würden. Jegliches Gerede über englischen Imperialismus sei Unsinn. England sei im Osten mehr als je eine Handelsnation. Es läge die bestehenden Verträge als überholt an. Schanghai könne nicht wie Hankau geräumt werden. Es wäre eine Pflichtvergessenheit, die englische Bevölkerung in Schanghai ohne Schutz zu lassen. Aus diesem Grunde habe die Regierung beschlossen, Truppen nach Schanghai zu senden. Die Aufsammlung der entlassenen Kräfte sei eine Garantie dafür, daß es sich nur um eine Vorsichtsmaßnahme handle. Die Vorgänge von Hankau dürften sich in Schanghai nicht wiederholen.

Feierliche Eröffnung des Ungarischen Reichstages.

Trauer wegen Trianon.

Die feierliche Eröffnung des Ungarischen Reichstages ging unter prunkvollen Außersichtlichkeiten vor sich. Ihr voran ging eine von dem Fürstprimas Kardinal Dr. Eszernoch geleitete Festmesse in der Ofener Krönungskirche, an der außer dem Reichsverweser, den Mitgliedern der Regierung, den Abgeordneten und Oberhausmitgliedern auch die Vertreter des diplomatischen Korps teilnahmen, sowie Festgottesdienste in den Gotteshäusern der protestantischen und der jüdischen Gemeinde.

Der Platz vor dem Parlament bot ein festlich bewegtes Bild. Vor dem Haupteingang zum Parlament, auf dem die Nationalflaggen zum Zeichen der Trauer über den Friedensvertrag von Trianon auf Halbmast gesetzt waren, nahm ein Bataillon in Paradeuniform Aufstellung. Der weite Platz war durch eine Polizeileiste abgesperrt, hinter welcher sich eine große Menge Schaulustiger angesammelt hatte. Die Abgeordneten und Oberhausmitglieder erschienen zum Teil in ungarischer Gala, zum Teil in schwarzem Anzug; alle trugen einen Trauerflor am linken Arm. Im festlich geschmückten und erleuchteten, einen malerischen Anblick bietenden Kuppelsaal war eine Estrade für den Reichsverweser aufgestellt. Rechts von der Estrade nahmen die Mitglieder der Regierung, links die Erzherzöge, der Fürstprimas sowie die Bannerherren des Landes Platz.

Und sie durfte nicht sprechen, nichts erklären, mußte auch dieses Furchtbarste schweigend über sich ergehen lassen. Denn sich rechtfertigen, hieß Fredegild verraten. Hieß das Opfer, das sie heute auf sich genommen, nur halb tun...

Königsreiter sah wohl, daß sie mehr tot als lebendig war und sich kaum auf den Beinen halten konnte. Aber er hatte kein Mitleid mit ihr.

Wohnte sie leiden! Er litt noch viel mehr... „Den Blick unbarmherzig in ihr Gesicht bohrend, sagte er: „Der Brief ist doch Ihr Eigentum?“

Serena blieb stumm. Ihm direkt ins Gesicht zu lägen, ging über ihre Kraft.

„Sie leugnen also nicht, daß Herr Satory Ihr Geliebter ist, daß Sie sich eben hier in der Konditorei heimlich mit ihm getroffen haben und daß Sie durch Ihre ehrbare Madonnenmiene alle, die an Sie glaubten, schmachlich getäuscht haben?“

Auch jetzt blieb Serena stumm. Er stampfte ungeduldig mit dem Fuß auf.

„Warum antworten Sie nicht wenigstens?“

Serena hob den Blick und sah ihn mit einem rätselhaften Ausdruck von Stolz und Schmerz an.

„Weil es ja doch keinen Zweck hätte! Wozu erst reden darüber?“

„Nun — Sie könnten vielleicht doch Entschuldigungsgründe vorbringen...“

„Ich habe keine.“

Da übermannen ihn Zorn und Verzweiflung. „Dirne!“ knirschte er zwischen den Zähnen und wandte ihr mit einem Blick tiefer Verachtung den Rücken, um sich dann rasch zu entfernen.

Serena lehnte mit geschlossenen Augen an der Mauer. Ihr Kopf war völlig leer, sie vermochte keinen Gedanken zu fassen. Nur das häßliche Wort gelte unaufhörlich an ihr Ohr eintönig und schmerzhaft wie eine immer wiederholte Dissonanz...

Pfötzlich schüttelte jemand derb ihren Arm.

„Nanu...? Mir scheint, da will eine auf offener Straße eindösen?“

Erschreckt riß Serena die Augen auf und blickte in

2,6 Millionen Fernsprechteilnehmer in Deutschland.

Gute Geschäftslage der Reichspost.

Die Deutsche Reichspost veröffentlichte soeben ihren Monatsbericht für Dezember 1926. Der Weihnacht- und Neujahrsvorkehr hat größere Steigerungen im Brief-, Geld- und besonders im Paketverkehr gebracht. Die Verbesserungsbedingungen im Auslandsverkehr konnten wieder in vielen Punkten verbessert werden.

Das Kraftpostnetz umfaßte Ende Dezember 1457 Linien mit 27.715 Kilometer Streckenlänge; 3,5 Millionen Personen wurden im Dezember mit Kraftposten befördert.

Im Postschachverkehr sind im Berichtsmonat die bisher erreichten Höchstzahlen durchweg überschritten worden. Der Telegrammverkehr ist gegenüber November zurückgegangen. Die Lx-Telegramme (Telegramme zu festlichen Gelegenheiten) erfreuen sich dauernd großen Anlasses.

Der Fernsprechteilnehmer hat wieder etwas zugenommen. Die Sprechtstellen haben sich um 12.133 auf 2.634.391 vermehrt. Es besteht jetzt Sprechmöglichkeit zwischen sämtlichen deutschen Orten und allen Orten in England, Schottland und Nordirland. Durch Herstellung einer neuen Fernsprechverbindung Berlin-Bromberg ist der Sprechteilnehmer zwischen Deutschland und Polen erweitert worden.

Der Auslandsfunkverkehr hat sich um 3 % gehoben. Zwischen Berlin und Lissabon ist eine unmittelbare Funkverbindung hergestellt worden. 29.442 neue Rundfunksprechteilnehmer sind im Dezember hinzugekommen; die Gesamtzahl hat sich dadurch auf 1.376.564 erhöht.

Die Gesamtzahl der beschäftigten Kräfte ist seit Ende September 1926 um 8013 auf 319.916 zurückgegangen.

Der Verkehrsumsatz entsprechend brachte der Dezember mit fast 155 Millionen Reichsmark 12 Millionen Reichsmark Einnahmen mehr als der Vormonat. Die Besserung der Verhältnisse hat demnach im Dezember angehalten.

Eröffnung der Berliner „Grünen Woche“.

Berlin, 29. Januar.

Die Eröffnung der Berliner „Grünen Woche“ fand im Beisein der Behördenvertreter, der Vorstände der Organisationen und der Presse statt. Staatsminister Steiger hielt die Begrüßungsansprache. Oberbürgermeister Böck hieß die Erschienenen im Namen der Stadt Berlin willkommen. Er hob die enge Verbundenheit Berlins als einem der größten Gütspeicher mit der Landwirtschaft hervor und sprach von den Wechselwirkungen der Wirtschaft zwischen Stadt und Land. Berlin sei einer der größten Abnehmer der Landwirtschaft, auf der anderen Seite wisse die Stadt die Kraft der Ackerbauern zu schätzen. Danach sprach Landesältester von Weizsäcker, Graf von Kalckreuth, der Präsident des Reichslandbundes, Abg. Held, und Ministerialdirektor Dr. Wappler vom Forstverein. An den Eröffnungsschloß sich ein Rundgang durch die Ausstellung.

Lokales und Provinzielles.

Salver, den 31. Januar 1927.

□ Warenhandel bei behördlichen Dienststellen. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß die Frage des Warenhandels bei behördlichen Dienststellen für Preußen durch einen Erlaß des preussischen Finanzministers geregelt ist. Die Hauptbestimmungen sind folgende: Jeglicher Warenhandel durch Beamte oder Bezugsgemeinschaften von Beamten in Diensträumen ist untersagt. Fremden Personen ist jede Art von Handelstätigkeit bei behördlichen Dienststellen verboten. Ausnahmen dürfen gestattet werden, wenn es sich um den Verkauf von Lebens- oder Genußmitteln zum alsbaldigen Gebrauch handelt in Verbindung mit einem durch einen selbständigen Unternehmer betriebenen Mittagstisch (z. B. bei Betrieb einer Kantine in für dienstliche Zwecke nicht benutzten Räumen von Dienstgebäuden gegen angemessene Miete, Erstattung der sonstigen Betriebskosten usw.).

□ Denkt an die Wohltätigkeitsbriefmarken! Als erstes Teilergebnis des Wohltätigkeitsbriefmarkenverkaufs an den Postschaltern sind der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Rothilfe 100.000 Reichsmark überwiesen worden. Der Postverkauf dauert bis zum 15. Februar. Der außerpostalische Vertrieb der Wohltätigkeitsbriefmarken durch die Wohltätigkeitsämter und Organisationen der freien Wohltätigkeitspflege hat vielfach bereits gute Ergebnisse gehabt. Man darf erwarten, daß die Bevölkerung für diese moderne Art, Mittel zur Linderung der Not aufzubringen, immer mehr gewonnen wird und daß die Wohltätigkeitsbriefmarken, die bis zum 30. Juni als Postwertzeichen gültig sind, noch reichlich Verwendung finden werden.

ein lachendes, weiniges Vollmondgesicht, das sie dreist musterte.

Entsetzt riß sie sich los und wollte, ohne nach rechts oder links zu blicken, quer über die Straße fliehen.

Im selben Augenblick kam ein Auto in schnellem Tempo aus einer Seitengasse gefahren.

Serena sah es nicht. Aber plötzlich vernahm sie Schreien und den Aufschrei einer hellen Frauenstimme, gleichzeitig fühlte sie sich zu Boden geschleudert...

Als sie wieder zu sich kam, wimmelte es von Menschen um sie und zwei Gesichter, die sie kannte, ohne sich klar zu sein, woher, waren in namenloser Bestürzung über sie gebeugt.

„Liebe Serena... um Gotteswillen — es ist Ihnen doch hoffentlich nichts Ernstes geschehen? Haben Sie Schmerzen? Himmel, wie blaß Sie sind, armes Kind! Ein Glück, daß Sie nur der Kopfgeißel erlitten und zur Seite schlenkerte, sonst... ach, ich darf gar nicht daran denken, was sonst alles geschehen hätte können!“

Eine linde Frauenhand strich liebevoll über Serenas Stirn und Haar.

Dann hoben zwei Männerarme sie auf und stellten sie auf die Beine.

„So, Heimchen, nun versuchen Sie ein paar Schritte zu gehen. Bewegen Sie auch die Arme. Fühlen Sie Schmerzen dabei?“

Serena schüttelte den Kopf. Sie erinnerte sich jetzt unklar, daß sie über die Straße laufen wollte und dabei seltsam zwitschernde, durchdringende Laute vernommen hatte — wahrscheinlich das Warnungssignal des Autos, das da vor ihr mitten in der Straße stand und auf das sie vermutlich in blinder Angst gerade zugerannt war...

„Und wir wollten ja zu Ihnen, Kind! Ihre Wege allein kamen wir zur Stadt...“, flachte die Frauenstimme, „nun mußte unser Wiedersehen so sein!“

Die Neugierigen drängten näher. Der Helm eines Schutzmannes tauchte auf. Instinktiv legte Serena die Hand über das Gesicht. All diese fremden, neugierigen Augen quälten sie unbeschreiblich...

„Friedrich, hilf Fräulein v. Barton in das Gefährt, wir wollen sie rasch nach Hause bringen“, sagte die Frauenstimme.

(Fortsetzung folgt.)

lich. Auch Spanien, dessen eigene Industrie während und nach dem Kriege sehr erstarrte und gerade auch manche Metallwaren aufnahm, scheitert, geschützt durch die hohen Sätze seines Zollerzusses, der den Wert der Ware oft erheblich übersteigt, als Abnehmer immer mehr aus. — England kann, weil durch das Handelsabkommen an feste Zollsätze nicht gebunden, eine ihm mißliebige Einfuhr deutscher Erzeugnisse (wie z. B. Schneidwaren, optische Artikel usw.) durch seine Finanzzölle unterbinden. Das zu Anfang des Jahres lebhafteste Geschäft nach dort, das namentlich auch während der Dauer des Bergarbeiterstreiks anzog, ist inzwischen erheblich zurückgegangen. Dagegen machen englische Metallwaren den deutschen in den nordischen Staaten scharfe Konkurrenz. — Rußland, das immer noch an seinem Außenhandelsmonopol festhält und während der Dauer seines jetzigen Regierungssystems festhalten wird, beschränkt infolge seiner schlechten Finanzlage und des daraus folgenden Rückganges seiner Währung, die Einfuhr auf die für die Unterhaltung seiner Verkehrsmittel und Landwirtschaft allernotwendigsten Bedarfsartikel und die zur Einrichtung und Stärkung eigener Industrien erforderlichen Maschinen und Werkzeuge. Nennenswerte Aufträge fielen während des letzten Jahres den Werken des Kammerbezirks nicht zu. Außerordentlich erschwert wurden diese Geschäfte noch durch die Zahlungsbedingungen der russischen Berliner Handelsvertretung, die Ziele von 2—4 Jahre in Anspruch nimmt. Auch der vom Reich und den Großbanken gestützte Ruskredit, durch den der Industrie Forderungen bis zu 60 % gesichert worden, hat hieran nichts geändert, zumal die deutschen Banken bei der Diskontierung der restlichen 40 % leider unerwartete Schwierigkeiten machen und Sicherheiten verlangen. Das Geschäft mit Polen stockt, infolge des Zollerzusses, der seit mehr als 6 Monaten von beiden Seiten mit größter Erbitterung geführt wird, vollständig. Für die deutsche Einfuhr kommen die Maximal-Sätze des polnischen Tarifs in Betracht, die eine geradezu ungeheure Belastung darstellen, und bei Metallwaren bis zum dreifachen Wert des Warenwertes gehen. Trotz des Schadens aber, der der heimischen, sowie der ganzen deutschen Industrie dadurch erwächst, darf den maßlosen polnischen Forderungen keinesfalls nachgegeben werden, da sonst eine Ausfuhr für die Folge völlig ausgeschlossen ist. — Die Ausfuhr nach Desterreich, welches schon vor dem Kriege eine gut entwickelte Metallwarenindustrie hatte, tritt, weil das kleine Land die Produktion bei weitem nicht mehr aufnehmen kann, immer mehr als Konkurrenz in die Erscheinung, während Ungarn in dem Bestreben, eine nationale Industrie großzuziehen, diese mit allen Mitteln eines hohen Zollerzusses zu schützen sucht. — Ueberaus traurig ist die Wirtschaftslage der Balkan- bzw. Donaustaaten, die als fast reine Agrarländer auf günstigen Absatz der Produktion ihrer Landwirtschaft angewiesen sind, der aber infolge billigeren Angebots der großen überseeischen Produktionsgebiete fast vollständig stockt. So liegt das Geschäft wegen mangelnder Kaufkraft der Verbraucher brach. — Die Türkei sucht sich unter dem neuen Regime mit allen Mitteln zu emanzipieren und unabhängig zu machen. Die Mittel hierzu deckt sie hauptsächlich aus den Zolleinnahmen und sucht diese zu vermehren durch fortwährende Zollerhöhungen und Zollschikanen, die ein geregeltes Geschäft ungemein erschweren. — Ägypten leidet unter den Folgen der großen Baumwollkrise, durch die im letzten Jahre ungeheure Vermögenswerte verloren gingen und die Kaufkraft des Landes gelähmt wurde.

Fortsetzung folgt.

Turnen, Spiel und Sport.

Handball.

Schalksmühle L.-V. 1. — Grünwald Lützenfeld 1. 0:2.
" " " " " 2. 8:3.
" " " " " 1. 3. 2:6.
Um die Meisterschaft der Gruppe 6:
„Jahn“ Lützenfeld 1. — L.-V. Siegen 1. 3:0.

Dortmund, 30. Jan. (Funkmeldung.) Bei dem 100 km Mannschaftsrennen in der Westfalenhalle in Dortmund blieben Sieger: 1. Preis Tollenbeck-Hellenboß (Belgien), 2. Preis Vode (Frankreich) = Goebel (Deutschland), 3. Preis Müller-Fricke (Hannover), 4. Preis De Wolf (Belgien) = Dedrich (Köln), 5. Preis Gebr. Vergamini (Italien). Die Preise sind Geldpreise in Höhe von 1. = 1200, 2. = 1000, 3. = 900, 4. = 800 und 5. = 600 RM.

Futtermittel

Rapskuchen
Rapskuchennehl
Balkkuchen
Balkkuchennehl
Sojabrot
Erbsenmehl 54%
Erbsenmehl 56%
Leinmehl
Baumwollsaatmehl
Weizenbrotmehl
Weizenbrotmehl
Weizenkleie
Zuckerschnitzel
Gerste
Gerstenmehl
Perlmais

auf Lager vorrätig:

Otto Ohler,
Dhl-Rönfahl,
Tel. 28 Amt Rönfahl.
Eich. Weidenpfähle
und
geschn. Brennholz
hat abzugeben
Ernst Klück jr.,
Elbringhausen b. Kierspe,
Tel. 67 Amt Meinerzh.



Heute vormittag entschlief nach langem mit grösser Geduld ertragenem Leiden unser lieber Vater, Schwiegervater, Grossvater, Bruder und Onkel

Fritz Sondermann

im 77. Lebensjahre.

Um stille Teilnahme bitten

die trauernden Hinterbliebenen.

Hölterhaus b. Kierspe, Brenscheid, Düsseldorf, Beckinghausen, den 30. Januar 1927.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 2. Februar, nachmittags 3 Uhr vom Sterbehause aus statt.

Im Sinne des Entschlafenen sind Kranzspenden dankend erbeten.

Orkan über Norwegen und England.

Zahlreiche Opfer, großer Schaden.

Aus allen Gegenden Norwegens wird orkanartiger Sturm gemeldet, der besonders an der Süd- und Westküste des Landes Verheerungen angerichtet hat. In Bergen wurde eine Windstärke 47 gemessen. Der Dampfschiffsverkehr ist zum großen Teil eingestellt. Mehrere kleine Schiffe wurden an Land getrieben. Zwei große Dampfer sind gestrandet. Telefon- und Telegraphenverbindungen sind gestört. An sehr vielen Schiffen sind die Masten gebrochen. Man ist besorgt um die Fischerboote, die auf dem Meere sind.

In ganz England und Schottland wüteten ebenfalls große Stürme. Der Sturm war besonders heftig in Schottland, Nordengland, Nordwales und Irland. In Schottland, wo der Orkan eine Stärke von 102 Meilen in der Stunde erreichte, verloren 14 Leute, davon allein in Glasgow 8, durch einstürzende Häuser oder von Häusern herabstürzende Schornsteine und Mauerwerk ihr Leben. Außerdem wurden über 100 Personen verletzt, einige davon schwer.

Auch in Irland hat der Sturm erheblichen Sachschaden angerichtet. In Dublin wurde eine Stundengeschwindigkeit von 80—105 Kilometer registriert. Zahlreiche Fenster Scheiben wurden zertrümmert und Dachziegel herabgeschleudert, wobei mehrere Personen verletzt wurden. Im Wristollanal wurde der alte Zerstörer „Shiph“ abgetrieben, später jedoch wieder auf Land gesetzt, so daß seine Besatzung sich retten konnte.

Ein historisches Schloß niedergebrannt.

Der Hauslehrer umgekommen.

Das Schloß des Rittergutsbesizers von Behr in Wadelin bei Gützkow ist völlig abgebrannt. Das Feuer griff mit solcher Schnelligkeit um sich, daß die Bewohner des dreistöckigen Gebäudes nur das nackte Leben retten konnten, bis auf den Hauslehrer Böfinghaus, der in den Flammen umkam. Der Schaden ist bedeutend, denn es handelt sich um ein Gebäude von großem historischen Wert, das schon über 700 Jahre im Besitz der Familie ist. Wertvolle Sammlungen, die sich im Schloß befanden, sind mit vernichtet worden.

Schlusssdienst.

Vermischte Drahtnachrichten vom 30. Januar.

Die Neuordnung der preussischen Grund- und Gebäudesteuern.

Berlin. Der Preussische Staatsrat stimmte dem Entwurf für das neue Grund- und Gebäudesteuergesetz zu, der bekanntlich den Einheitswert als Steuergrundlage einführt, die Steuerhöhe des landwirtschaftlichen Vermögens und des Grundvermögens, sowie der Betriebsgrundstücke neu regelt und eine Doppelbesteuerung der Betriebsgrundstücke vermeidet.

14 000 Grippeerkrankungen in Stettin.

Stettin. Nach einer Statistik des Vereins Stettiner Ärzte waren bis zum 27. Januar in Stettin rund 14 000 Grippeerkrankter in ärztlicher Behandlung. Dazu dürften noch viele Fälle kommen, die sich der ärztlichen Kontrolle entziehen. Von den in ärztlicher Behandlung befindlichen Fällen, die die Statistik erfaßt, waren nur etwa 600 als schwer anzusprechen. Todesfälle sind verhältnismäßig selten. Die Epidemie scheint gegenwärtig im Abklingen begriffen zu sein.

Eröffnung des demokratischen Reichsbauerntages.

Braunschweig. Hier wurde der demokratische Reichsbauerntag mit einer Begrüßungsansprache des Reichstagsabgeordneten Rönneburg eröffnet. Der Redner wies darauf hin, daß sich die Deutsche Republik auf die Dauer nicht erhalten könne, wenn sie nicht die Masse des Landvolkes hinter sich habe. Landtagsabgeordneter Meinde behandelte in seinem Referat die Forderungen für ein demokratisches Agrarprogramm, die darauf hinausgingen, den Großgrundbesitz zugunsten des Kleinbauernums einzuschränken und den Pachtwucher zu bekämpfen. Geschäftsführer Meier-Stolz stellte fest, daß die Werbetätigkeit der Partei unter der Landbevölkerung keinen bedeutenden Erfolg erzielt habe. Zum Schutz des deutschen Ostens gegen die polnische Expansion sei die Aufteilung des ostdeutschen Großgrundbesitzes eine nationale Notwendigkeit.

Der Domela-Prozess.

Köln. Auf Antrag der Verteidigung hat die für den Prozess gegen Domela zuständige Oberstaatsanwaltschaft der Übernahme der Gothaer Angelegenheit nach Köln endgültig zugestimmt. Auch die Verhandlung der Heibelberger Angelegenheit wird wahrscheinlich in Köln stattfinden. Der Prozess wird in etwa drei Wochen beginnen und vermutlich nur von kurzer Dauer sein.

Frankreich prämiiert Kriegserfindungen.

Paris. Die Heereskommission der Kammer beschäftigte sich mit dem von Paul-Vincour vorgelegten Gesetzentwurf über die Kriegsvorbereitung der Nation. Die Kommission verwarf den Antrag, während eines Krieges alle Munitions- und Kriegsmaterialfabriken zu beschlagnahmen. Jedoch stimmte die Kommission dafür, auf die Neuerfindung von Kriegsmaterial Prämien zu setzen.

Pensionierung von 2000 polnischen Offizieren?

Warschau. Wie die Blätter melden, beabsichtigt Pilsudski, einen großen Teil der aktiven polnischen Offiziere zu pensionieren. Im ganzen sollen 2000 Offiziere, darunter 33 Generale, aus dem aktiven Dienst ausscheiden. Diese Maßnahme soll durch die Kürzung des Militärbudgets notwendig geworden sei.

Spitteltätigkeit eines Warschauer Abgeordneten.

Warschau. Im Warschauer Sejm ereignete sich eine große Sensation. Das als Pilsudski-Organ bekannte Blatt „Głos Prawdy“ hatte die Enthüllung veröffentlicht, daß der Führer der Unabhängigen Bauerngruppe, der Abgeordnete Wojewodski, ein bezahlter Spittel der politischen Polizei sei. Dem Abgeordneten Wojewodski wurde ferner der schwere Vorwurf gemacht, daß er die wehrkräftigen Abgeordneten nicht nur denunziert habe, sondern daß er ihnen auch Totsachen und „Verbrechen“ untergeschob, die mit langjährigem Gefängnis bestraft werden.

Börse und Handel.

Amstliche Berliner Notierungen vom 29. Januar.

* Börsebericht. Die Börsewoche schloß in fester Haltung bei lebhaftem Geschäft; namentlich lagen auch aus dem Rheinland namhafte Kaufaufträge vor, besonders im Vordergrund standen Erdölaktien. Auch inländische Anleihen lagen fest. Am Geldmarkt notierten tägliches Geld 4,50—6,50 %, monatliches Geld 5,50—6,50 %.

* Devisenbörse. Dollar 4,21—4,22; engl. Pf. 20,44—20,49; holl. Gulden 168,42—168,84; Danz. St. 81,50; franz. Frank 16,61—16,65; Schweiz. 81,08 bis 81,28; Belg. 58,62—58,76; Stalien 18,09—18,13; schwed. Krone 112,43—112,71; dän. 112,31—112,59; norw. 108,56 bis 108,84; tschech. 12,47—12,51; österr. Schilling 59,46 bis 59,60; poln. Zloty (nicht amtlich) 46,98—47,22.

* Produktbörse. Die ausländischen Marktpreise lauteten im Durchschnitt wieder fest. Argentinien Forderungen waren mäßig erhöht, auch die Eisennotierungen für Manitoba stellten sich etwas höher, begebenen aber nur geringem Interesse. Hier hat sich das Angebot Sächsischen und Thüringens für Weizen wohl etwas gemehrt, aber die Forderungen werden meist zu hoch gehalten. Im Lieferungsgehalt waren die Preise höher. Für Märzlieferung sind es Käufer hiesiger Mühlen, die hauptsächlich die Festigkeit veranlassen. Auch Mai war anziehend. Von Roggen sind die Provinzofferten spärlich, und die Forderungen sind nicht nachgiebig. Aber die Tatsache, daß Roggenmehl zu den letzten Einstandspreisen mehr vernachlässigt wird, im Gegensatz zu dem begehrten Weizenmehl, macht auch die Kaufkraft für Roggen vorsichtiger. Gerste bleibt in geringen Sorten vernachlässigt, in guten gefragt. Für Hafer hat sich bei befriedigendem Konsumgeschäft die feste Tendenz erhalten.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark:

	29. 1.	28. 1.		29. 1.	28. 1.
Weiz., märk. pommerch.	268-272	267-271	Weiztll. f. Br.	15,2	15,2
Wog., märk. pommerch.	253-256	253-256	Rogst. f. Br.	15,5	15,2-15,5
Wog., märk. westpreuß.	—	—	Leinsaat	—	—
Wog., märk. westpreuß.	217-245	217-245	Witt.-Erbsen	51-65	52-66
Futtergerste	194-207	194-207	W. Speiseerb.	32-34	30-32
Hafer, märk.	190-202	188-200	Futtererbsen	22-25	22-25
Wog., märk. westpreuß.	—	—	Beluchsen	22-23	22-23
Weizenmehl v. 100 kg fr.	—	—	Aderbohnen	20,5-21,5	20,5-21,5
Wln. br. inl.	—	—	Widen	23-24,5	23-24,5
Sad. feinst.	—	—	Lupin., blaue	15,5-16,5	15,5-16,5
Mit. u. Not.	35,2-38,0	35,2-38,0	Lupin., gelbe	18,0-19,0	18-19
Roggenmehl v. 100 kg fr.	—	—	Seradella	28,0-31,0	28-32
Berlin br.	35,2-37,2	35,2-37,2	Rapst. rhen.	16,5	16,5
inl. Sad.	35,2-37,2	35,2-37,2	Leinfuchsen	21,0-21,1	21,0-21,1

* Schlachtviehmarkt. Für einen Zentner Lebendgewicht in Mark. Auftrieb: Rinder 1939, darunter 521 Ochsen, 381 Kühe, 1037 Kälber und Färsen, 1483 Kälber, 4576 Schafe, 6292 Schweine, zum Schlachthof direkt seit letztem Viehmarkt 702. Auslandschweine 153. Die Preise sind Marktpreise für mästern gewogene Tiere und schließen sämtliche Speise des Handels ab Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umfahrgeld sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben. Markterlauf bei Rindern und Kälbern ruhig, ausgesuchte Kälber über Notiz. Bei Schafen ziemlich glatt, bei Schweinen lebhaft. Ochsen: a) vollfleischige ausgewästete höchsten Schlachtwert, jüngere 58—62, b) sonstige vollfleischige, jüngere 53—56, c) fleischige 47—50, d) gering genährte 42—45. Kühe a) 55 bis 57, b) 51—53, c) 48—50, d) 45—46. Kälber a) 46—50, b) 36 bis 42, c) 25—30, d) 20—22. Färsen a) 57—59, b) 50—54, c) 43—47, d) 38—44. Kälber a) —, b) 77—89, c) 57—70, d) 45—53. Schafe 56—59, b) 48—53, c) 38—45, d) 27—32. Schweine a) —, b) 69—71, c) 68—70, d) 66—68, e) 62—65. Sauen 61—62.

* Der Milchpreis für Erzeuger beträgt in Berlin für die Zeit vom 28. Januar bis 3. Februar unverändert 18 Pfg. je Liter frei Berlin.

Der heutigen Ausgabe unserer Zeitung liegt eine Beilage des Kaufhauses Rudolph Karstadt-Lennep bei, worauf wir noch besonders aufmerksam machen.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Zur Uebernahme
schlüsselfertiger
Neu- u. Umbauten, Bauleitung etc.
An u. Verkauf v. Grundbesitz
empfiehlt sich
H. Nolte, Architekt,
Taxator u. gerichtl. beidigt Sachverständiger,
Dahlebrück, Telefon 70.

Anzeigen aller Art
Familien-Nachrichten, Stellengesuche
und -Angebote, Kauf- und Verkaufs-
:—: anzeigen usw. :—:
in auswärtigen Zeitungen
besorgt ohne Preisaufschlag die
Geschäftsstelle des
Allgemeinen Anzeigers,
Halver.

Hilfskrankenkasse
Gesellschaft, Einigkeit
eingetragene Hilfskasse
Kierspe-Bez. u. Umgegend.
Außerordentliche
General-
Versammlung.
am Sonntag, den 6.
Febr. nachm. 4 Uhr
im Hotel Bastian
Tagesordnung:
Umwandlung der Hilfs-
krankenkasse in einen
Wohlfahrtsverein.
Der Vorstand.

Suche Gelegenheit zu
Sportfischerei.
Evtl. Bacht oder Bacht-
beteiligung.
Dr. Terhardt,
Rechtsanwalt,
Castrop-Rauxel,
Zandstraße 23.

Tanz-Schule
in Ennepe.
Die bereits angekündigten Kurse im Lokale des Herrn Emil Schulte in Ennepe beginnen am
Donnerstag, d. 3. Febr.
Für Kinder:
nachm. von 4—6 Uhr.
Für Erwachsene:
Abends 8 Uhr.
Weitere Anmeldungen
dortselbst am Eröffnungst-
age erbeten.
Wilh. Rech,
Tanzlehrer,
Dortmund.
Reisekörbe
Waschenketkörbe
Armkörbe
Spankörbe
Rätkörbe
Einholkörbe
Zeitungsmappen
etc.
kaufen Sie preiswert bei
Wilh. Bell jr., Halver